

Zum Memorandum „Kirche 2011: Ein notwendiger Aufbruch“

Heike Grieser

Da liegt er nun ausgedruckt vor mir, ein dreiseitiger Text, als Memorandum der Theologieprofessoren und -professorinnen zur Krise der katholischen Kirche verfasst, unter der Überschrift „Kirche 2011: Ein notwendiger Aufbruch“ – und meine mögliche Unterstützung wird angefragt.

Von dieser Initiative, ihren Motiven und den konkreten Forderungen erfahre ich zum ersten Mal am 28. Januar. Nur wenige Tage später, am 2. Februar, soll ich eine Entscheidung gefällt haben, ob ich diesen Text durch meine Unterschrift mittragen kann oder nicht.

Schon das erste, neugierige Überfliegen zeigt, dass hier nahezu alle offenen Probleme angesprochen werden, die die theologischen Diskussionen der letzten Jahrzehnte bestimmt haben oder noch immer bestimmen. Einige Themen, wie beispielsweise die Zulassung verheirateter Priester, sind bereits vorher durch die Presse aufgegriffen und kontrovers, gelegentlich sogar sehr emotional behandelt worden; andere, wie zum Beispiel die Forderung nach dem Aufbau einer kirchlichen Verwaltungsgerichtsbarkeit, sind einer breiteren Öffentlichkeit vermutlich weniger bekannt und präsent.

Spontan irritiert mich die Eingangspassage, die völlig zurecht die tiefe Krise der katholischen Kirche seit dem Aufdecken der Missbrauchsfälle vor einem Jahr beschreibt, dann aber den Bogen schlägt zu weiteren Problemen, „die auf den ersten Blick nicht unmittelbar etwas mit dem Missbrauchsskandal und seiner jahrzehntelangen Vertuschung

zu tun haben“. Ob es legitim und zugleich sensibel ist, das Leiden der Opfer mit solchen Reformvorschlägen in Verbindung zu bringen, sie quasi als Aufhänger zu benutzen?

Der Text ist zur Veröffentlichung in der Süddeutschen Zeitung geplant, und dass er eine breitere Öffentlichkeit mit eingängigen Formulierungen ansprechen soll, erkennt man sofort: Von „Grabesruhe“ ist die Rede, „verknöchernten Strukturen“, „XXL-Pfarreien“, „selbstgerechtem moralischem Rigorismus“ und „lähmender Selbstbeschäftigung“. Eine solche Sprache provoziert, sie folgt, offenbar dem Publikationsort geschuldet, in erster Linie den Regeln journalistischer Praxis. Zugleich überlege ich, ob ich selbst so pointiert formulieren würde – und stelle fest, dass es meinem Stil nicht entspricht. Und nicht nur das: Auch inhaltliche Differenzierungen fehlen vermutlich aufgrund des Platzmangels, zum Beispiel bei der äußerst heiklen Forderung nach Frauen im kirchlichen Amt. Ist damit die Zulassung der Frau zum Priesteramt oder die zum Diakonat der Frau gemeint?

Man braucht keine Phantasie, um sich vorzustellen, dass dieser Text polarisieren wird: natürlich wird er inhaltlich kontrovers diskutiert werden. Er könnte aber darüber hinaus auch die angefragten Theologen spalten. Wer wird unterschreiben, wer nicht? Welche Konsequenzen wird die jeweilige Entscheidung haben? Wie werden die Bischöfe reagieren, wie die Kollegen? Werden von nun an Unterzeichner und Nichtunterzeichner voneinander unterschieden, in verschiedene Schubladen einsortiert? Wer so handeln sollte, der erkennt allerdings, dass eine derartige ‚Gesinnungstrennung‘ und alle daraus ableitbaren Konsequenzen der Komplexität einer solchen Entscheidungsfindung kaum entsprechen.

In der wenigen verbleibenden Zeit bis zu einer Entscheidung über eine mögliche Unterschrift tauschen wir Kollegen uns untereinander aus, zwischen Lehrveranstaltungen

und Sitzungen, beim Mittagessen und am Abend. Wir wägen Argumente ab, diskutieren konkrete Themen und Formulierungen, vor allem aber die zentrale Frage, ob man einen Text unterschreiben soll, den man nicht in allen Facetten mittragen kann. Wäre es nicht besser gewesen, auf andere Weise zu einem solchen Papier zu kommen, beispielsweise durch eine (internationale) theologische Konferenz, unter Beteiligung aller Fächergruppen, wie sie z. B. 1997 zum Diakonat der Frau in Stuttgart veranstaltet wurde? Das vorgelegte Memorandum ist das Resultat eines Dialoges, der in einer kleineren Gruppe geführt wurde und an dem viele nicht beteiligt waren. Dies hat sicher seine guten, (vor allem auch) organisatorischen Gründe. Dennoch bleiben mir persönlich nun keine Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten mehr.

Schließlich beschäftigt mich die Frage nach den Adressaten des Memorandums. Sind nicht die Bischöfe diejenigen, die mit den geäußerten Forderungen und Vorschlägen konfrontiert werden sollten? Warum wählen die Verfasser nicht diesen Weg? Versuchen sie, über die breite Öffentlichkeit einer Zeitungsleserschaft Druck auszuüben? Oder ist diese Art der Publikation Ausdruck einer bereits vorhandenen Resignation und der Befürchtung, ohnehin nichts ausrichten zu können? An dieser Stelle habe ich zu wenig Einblick, um ein eigenes Urteil fällen zu können.

Hinsichtlich der Initiatoren des Memorandums scheint mir sicher, dass sie entsprechende Erfahrungen gemacht haben, die sie nun zu diesem Schritt drängen. Jene, die ich persönlich kenne, ringen ernsthaft um den richtigen Weg, weil sie mit ihrer Kirche solidarisch sind und einen Ausweg aus der beschriebenen Krise suchen. Meine eigenen diesbezüglichen Erfahrungen sind dagegen nicht umfassend genug, um mich einer solchen Aktion anzuschließen. Nur wenige Wochen vorher habe ich als neue Mainzer Profes-

sorin an der Katholisch-Theologischen Fakultät meinen Antrittsbesuch bei Kardinal Lehmann gemacht, in einer herzlichen und vertrauensvollen, von Wertschätzung geprägten Atmosphäre. Keines der nun im Memorandum genannten Themen habe ich dabei zur Sprache gebracht – ist es redlich, nun gewissermaßen mit einem Paukenschlag ein zuvor nicht geäußertes Unbehagen kundzutun?

Es entspricht unserem Selbstverständnis als Theologen an den Universitäten, dass wir Verantwortung für die Kirche tragen, zu kritischen Stellungnahmen in einem guten Sinne aufgefordert sind und aus unserer jeweiligen Fachperspektive heraus Lösungen vorschlagen, die auch unter Anwendung neuer Methoden und im interdisziplinären Gespräch erarbeitet wurden. Wozu sonst forscht und lehrt man in der Theologie an der Universität? Die Neuübersetzung der christlichen Botschaft in die gegenwärtige Zeit hinein gehört zu den zentralen Aufgaben, wenn man fragende Menschen weiterhin erreichen will.

Ein Blick in die Geschichte des Christentums zeigt, dass es immer wieder auch deshalb zu fundamentalen Veränderungen innerhalb der Kirche gekommen ist, weil sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen änderten. Ob die Kirche in der Antike unter staatlichen Verfolgungen zu leiden hatte oder im Hochmittelalter als ‚Königskirche‘ agierte, führte beispielsweise zu sehr unterschiedlichen Haltungen gegenüber der staatlichen Macht. Zum Glück hat auch die Kirche dazu gelernt und eigene Einschätzungen revidiert, man denke beispielsweise an ihre Haltung gegenüber der Sklaverei, die sie bis in das 19. Jahrhundert hinein unter bestimmten Voraussetzungen argumentativ verteidigte und als Einrichtung stabilisierte. So sehr ich also als Kirchenhistorikerin einerseits um den Schatz der christlichen Traditionen weiß, so sehr weiß ich andererseits auch um die mögliche Last der Tradition. Bislang sehe ich noch kein me-

thodisch geeignetes Instrumentarium, um in strittigen Einzelfällen das eine mit Sicherheit vom anderen unterscheiden zu können. Hier wäre noch ein weites Forschungsfeld zu bearbeiten.

Schon im dritten Jahrhundert wurde allerdings eine ganz entscheidende Weichenstellung auf dem Weg hin zu einer Volkskirche gelegt, als man sich im Ringen um den richtigen Umgang mit sündig gewordenen Christen dazu entschied, nicht das Konzept einer „Kirche der Reinen“ (Novatian von Rom) zu vertreten, sondern sich als „Kirche der Reinen und Sünder“ (z.B. Cyprian von Karthago) zu verstehen. Kirche sollte nicht elitär und exklusiv, sondern offen für möglichst viele und zugleich barmherzig sein. Diese Entscheidung hat sie für viele attraktiv werden lassen und ihr zum Durchbruch innerhalb des Römischen Reiches verholfen. Dazu gehörte allerdings auch, die einzelnen ortskirchlichen Traditionen wertzuschätzen und zu bewahren, ohne dies als Störung der Einheit und Ordnung zu bewerten. Könnte sich die heutige Weltkirche in dieser Traditionslinie nicht ähnlich verstehen und Pluralität oder regionale Differenzen zunächst als Gewinn und Bereicherung und nicht als Gefahr beurteilen?

Dass in der heutigen Gesellschaft Fragen beispielsweise nach der Stellung der Frau, nach dem Beginn und Ende des menschlichen Lebens oder nach dem Umgang mit Homosexualität mehrheitlich anders als innerhalb der Kirche beantwortet werden, ist evident. Zum Glück werden angesichts solcher Diskrepanzen noch kritische Rückfragen an die Kirche und ihre Theologen gerichtet! Wer als Gesprächspartner im nichtkirchlichen Umfeld wahrgenommen werden will, darf sich solchen Diskursen nicht entziehen, sondern sollte ernstzunehmende, hellhörig machende Argumente vorbringen. Dabei kann es weder um eine Anpassung an den Zeitgeist gehen, noch um die bloße Bewahrung und Verteidi-

gung des Überkommenen. Ein ängstliches Beharren, das Veränderungen kategorisch als Gefahr auszuschließen versucht, eröffnet schon mittelfristig keine Zukunftsperspektiven mehr. In dieser Einschätzung verstehe ich das Anliegen der Initiatoren des Memorandums gut. Im Blick auf die eingangs ausgeführten Überlegungen allerdings, kann ich mir den Text letztendlich dennoch nicht zu Eigen machen.